

Budget 2025

Änderungsantrag der Rechtspflegekommission (RPK) vom 4. November 2024

Erfolgsrechnung

Sicherheits- und Sozialdepartment SSD, 36 Staatsanwaltschaft, Seite 107

Zusätzliche 100 Stellenprocente inklusive aller Sozialversicherungen und -leistungen

Institutionelle Gliederung		Budget 2025		Budget 2024		Rechnung 2023	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
3600	Staatsanwaltschaft	3'326'460.00 <u>3'496'460.00</u>	1'534'200.00	3'003'650.00	1'659'800.00	3'326'879.28	1'446'529.14
	<i>Nettoergebnis</i>		1'792'260.00 <u>1'962'260.00</u>		1'343'850.00		1'880'350.14

Begründung:

Die Staatsanwaltschaft hat ein anhaltendes Ressourcenproblem, welches schnellstens und effektiv behoben werden muss. Der Personalbestand hält im Verhältnis zur anfallenden Arbeitslast nicht mehr mit. Die Fallzahlen nehmen alljährlich zu und die Komplexität der Fälle sowie die Anforderungen an die Fallabwicklung ebenso. Die Pendenzen steigen unaufhörlich an und die damit verbundenen langen Verfahrensdauern führen zu Unverständnis sowie einer unannehmbaren Belastung auf Seiten der Beschuldigten und auch auf Seiten der Opfer bzw. Kläger. Die Obwaldner Staatsanwaltschaft steht kurz davor, ihre gesetzlichen Aufgaben nicht wie erforderlich nachkommen zu können. Vor allem der Bevölkerungssicherheit, Glaub- und Vertrauenswürdigkeit wegen, müssen unsere Strafverfolgungsbehörden jetzt organisatorisch neu aufgestellt und auch mit den dafür notwendigen Ressourcen ausgestattet werden. Es gilt das sogenannte Staatsanwalts-Assistenten-Modell einzuführen, welches sich in anderen Kantonen sehr bewährt. Weiter braucht es schnellstmöglich eine neue und erfahrene Leitung der Staatsanwaltschaft, die sich auf die Führungs-, Organisations- und Entwicklungsaufgabe konzentrieren kann. Hierfür sind den Strafverfolgungsbehörden im Budget 2025 als absolutes Minimum weitere zusätzliche 100 Stellenprocente zuzusprechen.

Geht die hiesige und im Übrigen auch schweizweite Entwicklung des Aufwands der Strafverfolgungsbehörden und auch der Gerichte weiter so voran, muss in den Folgejahren mit weiteren zwingenden Stellenaufstockungen im Justizbereich und insbesondere in der Staatsanwaltschaft gerechnet werden, so die Einschätzung der RPK.

P.S.: Änderungen und Ergänzungen gegenüber Antrag des Regierungsrats vom 10. September 2024 sind unterstrichen. Wegfallendes ist durchgestrichen.